

**Parteitag vom 16./17. September in Sursee**

---

## **Rede des Parteipräsidenten**

Rede von Hans-Jürg Fehr, Präsident der SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**SPERRFRIST:  
Samstag, 16. September 2006, 16.00 Uhr**

Wir befinden uns eine Woche vor den Abstimmungen über unsere AHV-Initiative und unsere Referenden gegen das Asylgesetz und das Ausländergesetz. Viele Leute haben schon abgestimmt, viele aber werden es erst in den nächsten Tagen tun. Und weil die Zahl der Unentschlossenen weiterhin gross ist, dürfen wir in unseren Anstrengungen auch nicht nachlassen.

Wir bekämpfen die Asylgesetzrevision mit dem Argument, sie sei menschenrechtswidrig, völkerrechtswidrig und verstosse gegen die humanitäre Tradition der Schweiz. Das ist und bleibt richtig:

- Es ist unmenschlich und es verstösst gegen die von der Schweiz unterzeichnete internationale Kinderschutz-Konvention, 15jährige Jugendliche bis zu einem Jahr ins Gefängnis sperren zu können, nur weil sie hier bleiben wollen;
- Es ist ein Verstoss gegen die Grundrechte, wenn die Polizei ohne richterliche Erlaubnis private Wohnungen durchsuchen darf;
- Es ist eine krasse Verletzung des Völkerrechts, wenn ein Flüchtling nur zum Asylverfahren zugelassen wird, wenn er innert 48 Stunden den Pass oder die Identitätskarte vorweisen kann.

Ich muss Euch gegenüber diese Argumentation nicht weiter ausführen. Ihr habt ja aus diesen Gründen das Referendum lanciert und kämpft für ein möglichst gutes Resultat an der Urne. Aber ich möchte ein paar Worte sagen zur Argumentation der bürgerlichen Befürworterinnen und Befürworter. Ich möchte ein paar Worte sagen zum Thema Missbrauch.

Die bürgerlichen Parteien haben das Asylgesetz massiv verschärft mit dem Argument, es gebe zu viele Missbräuche und diese müssten endlich wirksam bekämpft werden. Das wirft drei Fragen auf:

Die erste Frage lautet: Schaffen sie das mit dem neuen Gesetz? Können Missbräuche gestoppt werden?

Wir sagten schon immer nein, nun sagen das auch Fachleute, die keine Sekunde im Verdacht stehen, für uns Abstimmungskampf zu machen. Urs Hadorn zum Beispiel, der frühere Chef des Flüchtlingsamtes, ein Insider, der sich im Vollzug bestens auskennt. Hadorn sagte in der Sonntag Zeitung folgendes: "Die Massnahmen sind wenig effizient, weit gehend wirkungslos und unverhältnismässig." Die Freiburger CVP-Regierungsrätin Isabelle

Chassot, die früher als persönliche Mitarbeiterin von Bundesrätin Metzler im EJPD arbeitete, sagte dem „Tagesanzeiger“: „Das revidierte Asylgesetz wird mehr Probleme schaffen als es löst.“ Gleicher Ansicht sind auch die Regierungen der grossen Städte. Sie befürchten genau das, was Urs Hadorn prophezeit: „Die Ausdehnung der Nothilfe auf alle Abgewiesenen führt dazu, dass noch mehr in die Illegalität abtauchen.“

Die zweite Frage lautet: Geht es den bürgerlichen Parteien, geht es insbesondere der SVP wirklich um Missbrauchsbekämpfung oder geht es um etwas ganz anderes?

Meiner Meinung nach ist diese ganze Missbrauchs-Diskussion selbst ein Missbrauch. Sie täuscht die Bevölkerung über die wahren Absichten hinweg. Es kommt da nämlich ein Muster zum Vorschein, das wir aus anderen sozialpolitischen Auseinandersetzungen bereits bestens kennen:

- die Arbeitslosenversicherung wurde vor wenigen Jahren mit dem Argument revidiert, es gelte den grassierenden Missbräuchen den Riegel zu schieben. Man hat den Anspruch auf Taggelder massiv gekürzt von 520 auf 400. Das aber traf und trifft alle Arbeitslosen, nicht nur jene wenigen, die Missbrauch getrieben haben. Es trifft alle und genau das war die Absicht gewesen – weniger Sozialstaat.
- Die 5. IV-Revision wurde von der SVP mit dem Slogan „Kampf gegen die Scheininvaliden“ lanciert. Der Nationalrat wird nächste Woche beschliessen, was der Ständerat schon beschlossen hat – einen Leistungsabbau von jährlich 300 Millionen Franken, ein Sparprogramm auf dem Buckel der Behinderten und ihrer Angehörigen. Es wird wiederum alle treffen, nicht bloss die wenigen, die Missbrauch betreiben oder betreiben wollen. Es trifft alle und genau das war die Absicht – weniger Sozialstaat.
- Der Ständerat wird am Montag nach den Volksabstimmungen die Initiative der SVP „Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“ beraten. Sie verspricht den Versicherten tiefere Prämien, weil sie endlich den teuren Missbrauch der Krankenversicherung abstelle. In Tat und Wahrheit verlangt diese Initiative einen Kahlschlag bei den Grundleistungen. Er wird alle Patientinnen und Patienten treffen, nicht nur die wenigen, die Missbrauch betreiben. Er wird primär Leute mit kleinen Einkommen treffen, die sich nicht mit einer Zusatzversicherung kaufen können, was ihnen in der Grundversicherung gestrichen wird. Auch da geht es um weniger Sozialstaat, nicht um weniger Missbrauch.
- Die Asylgesetzrevision passt nahtlos in dieses Muster: Es werden nicht Missbräuche bekämpft, sondern das Asylrecht selbst. Auch da geht es letztlich um einen weniger sozialen Staat, um weniger Solidarität mit den sozial Schwachen. Das müssen sich alle bewusst sein, die mit dem Ja liebäugeln. Das Asylgesetz ist bloss ein Glied in einer langen Kette. Das nächste Glied ist dann die AHV, wie die Pläne von Bundesrat Couchepin überdeutlich zeigen.

Die dritte Frage lautet: Wie hält es denn die SVP mit den wahren Missbräuchen in diesem Land?

- Hat sie je eine Volksinitiative gegen die Abzockerlöhne lanciert? – Nein, natürlich nicht.
- Hat sie je eine Volksinitiative gegen Steuerhinterziehung lanciert? – Im Gegenteil, sie will das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung verankern, das ja nichts anders ist als der Schutz von Steuerhinterziehern vor Strafverfolgung.
- Hat sie je wirksam gegen die Schwarzarbeit gekämpft? – Im Gegenteil, die SVP stimmte im Parlament als einzige Fraktion gegen die Verschärfung des Gesetzes; sie nimmt den Missbrauch sogar in Schutz oder bagatellisiert ihn, denn sie weiss, was sie ihrer Klientel, die schwarz arbeiten lässt, schuldig ist.

Es ist an dieser Stelle notwendig, ein paar Worte über Bundesrat Blocher zu verlieren. Kaum in die Landesregierung gewählt, hatte er ja versucht, das Kollegium zu disziplinieren. Es sollte sich bei Volksabstimmungen äusserster Zurückhaltung befleissigen. Nur informieren, nicht Kampagne machen. Nicht einmal das Abstimmungsergebnis sollten sie kommentieren

dürfen. Soweit die Theorie. Und nun zur Praxis. Was Bundesrat Blocher in den letzten Wochen gemacht hat, ist das pure Gegenteil von Zurückhaltung: Jeden Abend ein Live-Auftritt, in jeder grösseren Zeitung, in jedem Lokalradio, in jedem Lokal-Fernsehen ein Interview – organisiert vom eigenen Vorzimmer. Besuch von Schulklassen, die vor seinem Auftritt von seinen Mitarbeitern auf die Ja-Parole eingeschworen worden waren. Und das alles im Solo. Der Herr Bundesrat verweigert sich der Debatte. Er weicht offenen Auseinandersetzungen aus. Er kneift. Er stellt sich nicht dem Einspruch und der Widerrede, wie das unter Demokratinnen und Demokraten eigentlich üblich ist. Er absolviert eine reine Propagandatournee. Und wenn – wie im welschen Fernsehen geschehen – sein Monolog von eingeblendeten Karikaturen kommentiert wird, versucht der Justizminister nachher, die Ausstrahlung der Sendung zu verhindern.

Ich habe Bundesrat Blocher öffentlich vorgeworfen, er lüge. Ein schwerer Vorwurf. Ein Vorwurf, den ich im Zusammenhang mit der Asylgesetzrevision erheben musste, denn die Lüge betrifft den Kern des Gesetzes. Ich habe dem Justizminister öffentlich vorgeworfen, er heize mit gezielten Aussagen antisemitische und fremdenfeindliche Stimmungen an. Noch ein schwerer Vorwurf. Noch einer, den ich mühelos beweisen kann. Ich bedaure, dass es nicht möglich ist, diese Dinge mit ihm in öffentlicher Debatte zu besprechen.

Auf die Gefahr hin, wieder ein Bündel von Mails zu bekommen, die der SP vorwerfen, zu nichts anderem fähig zu sein als zu Blocher-Schelke, halte ich hier fest: Wir haben Herrn Blocher nicht in den Bundesrat gewählt, und wir werden es auch das nächste Mal nicht tun. Wir wussten damals, warum, und wir wissen es jetzt nach seinen ersten drei Jahren im Amt erst recht.

Geradezu groteske Züge hat der Kampf gegen unsere AHV-Initiative angenommen. Nach all dem, was in den letzten Wochen gegen sie vorgebracht worden, müssen wir befürchten, dass nach ihrer Annahme durch das Volk die Welt untergeht. Oder doch fast. Schulklassen werden geschlossen, Buslinien stillgelegt, neue Sparpakete geschnürt, Steuern erhöht. Das sagen ausgerechnet die Kantonsregierungen. Dabei haben sie in den letzten Jahren doch reihenweise die Steuern gesenkt und kündigen sie reihenweise neue Steuersenkungen für das nächste oder übernächste Jahr an. Dabei hielt der Sekretär der Konferenz der Kantonsregierungen kürzlich fest: „Den Kantonen geht es so gut wie seit 20 Jahren nicht mehr.“ Einer der wichtigsten Gründe dafür ist, dass sie letztes Jahr von der Nationalbank 14 Milliarden Franken bekommen haben. Die AHV keinen Rappen. Und sie werden nach Annahme unserer Initiative jedes Jahr eine weitere Milliarde bekommen. Die Kantone sind die letzten, die sich beklagen dürfen. Sie sind die wahren Gewinnerinnen der Ausschüttungen der Nationalbank. Ihre Argumente sind unglaubwürdig und irreführend. Das gilt auch für den Herrn Nationalbankpräsidenten. Er warnt unablässig vor der Verpolitisierung der Nationalbank, macht aber seit Wochen nichts anderes als Abstimmungskampf gegen uns.

Zum Glück hat sich auch der überaus populäre Gross-Bankier Marcel Ospel in die Reihe unserer Gegner gestellt. Da werden sich viele Leute sagen, wenn der gegen diese Initiative ist, muss sie ja gut sein. Ich empfehle, sich an den Rat eines anderen Baslers zu halten, der von der AHV wesentlich mehr verstanden hat, als Herr Ospel. Alt-Bundesrat Hans Peter Tschudi, der Vater der AHV, ist nämlich auch einer der Väter der KOSA-Initiative. Er sagte über sie: „Die Solidarität zwischen Alt und Jung muss gefestigt werden. Dieses Ziel verfolgt die Volksinitiative ‚Nationalbankgewinne für die AHV‘. Es liegt im höchsten Interesse von Land und Volk, dass es erreicht wird.“

Den Kampf gegen die AHV-Initiative führt in vorderster Linie Bundesrat Merz. Auch er ist seit Wochen auf Propagandatour durch Redaktionsstuben, gibt Interviews auf allen Kanälen - und auch er drückt sich vor der demokratischen Auseinandersetzung, der direkten Debatte. Ich habe ihn deshalb mit einem offenen Brief im „Blick“ herausgefordert. Ich habe ihn darin der Irreführung des Stimmvolks bezichtigt. Ich habe ihm vorgeworfen, die AHV-Initiative zu bekämpfen, damit er genügend Geld in der Bundeskasse habe, um die von ihm geplanten Steuergeschenke zugunsten der Reichen finanzieren zu können. Der Finanzminister schrieb

mir – ebenfalls über den „Blick“ - zurück, er wisse nicht wovon ich da rede, er habe keine solchen Pläne.

Leider ist das nicht wahr:

Am nächsten Donnerstag berät der Nationalrat über eine von Bundesrat Merz ausgearbeitete Vorlage, die sich harmlos Unternehmenssteuerreform II nennt. In Wirklichkeit ist das ein Steuersenkungsprojekt zugunsten der Grossaktionäre: Wer zehn Prozent oder mehr Aktien einer Firma besitzt, soll nur noch die Hälfte seiner Dividenden versteuern müssen. Dieses Geschenk verursacht bei Bund und Kantone 800 Millionen Franken Steuerausfälle pro Jahr. Die AHV verliert ebenfalls Einnahmen in dreistelliger Millionenhöhe, weil auf Dividenden keine Sozialversicherungsbeiträge erhoben werden.

Ein anderes Geschenk dieser Art, ebenfalls harmlos „Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen“ genannt, wollte Herr Merz schon früher den Grossverdienern zukommen lassen. Einkommen in Form von Optionen sollte nur noch zur Hälfte besteuert werden. Wir drohten dieser Vorlage das Referendum an, worauf der Ständerat im letzten Moment die Bremse zog. Ihr könnt sicher sein: Wenn die AHV-Initiative abgelehnt wird, holt Bundesrat Merz diese Vorlage sofort wieder aus der Schublade. Er hat dann ja Geld, um das Steuergeschenk zu bezahlen.

Lasst mich eine Woche vor der Abstimmung noch einmal so prägnant wie möglich zusammenfassen, worum es geht

Es gibt eine bürgerliche AHV-Strategie und es gibt eine sozialdemokratische AHV-Strategie. Die bürgerliche besteht aus einem Mix von Rentenabbau, Rentenalterserhöhung und Mehrwertsteuererhöhung. Diese Strategie wurde im Mai 2004 vom Stimmvolk zwar mit aller wünschenswerten Deutlichkeit abgeschmettert, aber das hindert den Bundesrat unter Führung von Innenminister Couchepin nicht daran, eine Neuauflage vorzubereiten. Ein Nein zur AHV-Initiative heisst: Diese Pläne bekommen Oberwasser. Die 11. AHV-Revision sieht wiederum massiven Rentenabbau vor. Ein Nein zur AHV-Initiative heisst auch grünes Licht für die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Und ein Nein wird Bundesrat Couchepin und viele andere ermuntern, das Rentenalter 67 in Angriff zu nehmen.

Die sozialdemokratische AHV-Strategie heisst: Keine Rentenkürzungen, flexibles Rentenalter statt Rentenalterserhöhung, Nationalbankgewinne für die AHV. Ein Ja zur AHV-Initiative sichert die Renten und verhindert auf viele Jahre hinaus die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Unsere Initiative ist der einzige konkrete Vorschlag, der die Renten sichert ohne das Portemonnaie der Aktiven mehr zu belasten.

Wir können mit dieser Initiative gewinnen. Wir sind gemäss Umfragen immer noch im Vorsprung, auch wenn er geschmolzen ist. Wir haben es in der Hand, wenn wir, wenn Ihr unsere Wählerinnen und Wähler mobilisiert. Glaubt nicht Finanzminister Merz, glaubt nicht dem Nationalbankpräsidenten, glaubt nicht den bürgerlich dominierten Regierungsräten und glaubt auch nicht Marcel Ospel. Glaubt lieber Hans Peter Tschudi, den ich gerne nochmals zitiere: „Die Solidarität zwischen Alt und Jung muss gefestigt werden. Dieses Ziel verfolgt die Volksinitiative ‚Nationalbankgewinne für die AHV‘. Es liegt im höchsten Interesse von Land und Volk, dass es erreicht wird.“